Ist eine Disziplinarmaßnahme allein deshalb für unwirksam zu erklären, weil nicht der zuständige Leiter, sondern ein von diesem beauftragter leitender Mitarbeiter den Werktätigen angehört und die Aussprache mit dem Kollektiv geführt hat?

Das Recht, bei schuldhafter Verletzung der Arbeitsdisziplin gegen einen Werktätigen eine Disziplinarmaßnahme auszusprechen, steht nach § 109 Abs. 1 GBA dem Betriebsleiter zu. In der Arbeitsordnung des Betriebes kann festgelegt werden, daß die unterstellten Leiter diese Befugnisse gegenüber den Werktätigen des von ihnen geleiteten Bereichs wahrnehmen. Es ist auch zulässig, daß der Betriebsleiter im Einzelfall einen ihm unterstellten leitenden Mitarbeiter mit der Durchführung des Disziplinarverfahrens beauftragt.

Der jeweils zuständige, zur Durchführung des Disziplinarverfahrens befugte Leiter hat dafür zu sorgen, daß die in § 110 GBA gestellten Anforderungen an ein Disziplinarverfahren erfüllt werden. Dem Werktätigen ist also Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, und

das Kollektiv ist in die Durchführung des Disziplinarverfahrens einzubeziehen (vgl. Ziff. 3 des Beschlusses des Präsidiums des Obersten Gerichts zu Mitwirkungsrechten der Gewerkschaften und ihrer Durchsetzung im arbeitsrechtlichen Verfahren vom 30. Oktober 1972, NJ-Beilage 5/72 zu Heft 23).

Hört der zuständige disziplinarbefugte Leiter den Werktätigen nicht persönlich an und führt er die Aussprachen mit dem Kollektiv des Werktätigen nicht selbst durch, sondern beauftragt er damit einen leitenden Mitarbeiter, dann sind trotzdem die vom Gesetz verlangten Anforderungen erfüllt, vorausgesetzt, daß ihm darüber Informationen zur Verfügung gestellt wurden, die er bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen kann.

Eine solche Verfahrensweise sollte jedoch die Ausnahme sein. Ist sie aber angewendet worden, dann kann eine vom Leiter ausgesprochene Disziplinarmaßnahme nicht allein deshalb für unwirksam erklärt werden.

C.K.

Rechtsprechung

Strafrecht

§ 49 Abs. 1 StGB; § 293 Abs. 3 StPO.

1. Die Entscheidung, ob eine Geldstrafe als Zusatzstrafe zur Verstärkung der erzieherischen Wirksamkeit der Hauptstrafe ausgesprochen werden muß, erfordert die Prüfung, ob im konkreten Fall die zusätzliche Geldstrafe notwendig und geeignet ist, den der Straftat zugrunde liegenden Ursachen und Motiven entgegen zu wirken. Bei Eigentumsstraftaten ist dies insbesondere der Fall, wenn die Straftat Ausdruck einer durch Mißachtung der von den Werktätigen geschaffenen Werte oder ihres persönlichen Eigentums oder durch Bereicherungssucht gekennzeichneten ideologischen Position des Täters ist.

2. Die Feststellung und Wertung eines Tatmotivs, das in den Feststellungen der erstinstanzlichen Entscheidung keine Grundlage hat, ist im Rahmen einer Beschlußverwerfung gemäß § 293 Abs. 3 StPO unzulässig.

OG, Urteil vom 28. März 1974 — 2 Zst 16/74.

Der Angeklagte arbeitet als Traktorist und Viehpfleger in einer LPG und ist dort seit mehreren Jahren Mitglied des Vorstandes.

Im Jahre 1972 waren einige Reparaturen an der vom Angeklagten gefahrenen Planierdrape notwendig. Als bei der Beschaffung der hierfür erforderlichen Ersatzteile Schwierigkeiten auftraten, wandte sich der Angeklagte an den Brigadier des VEB B., den Mitverurteilten Sch., mit dem Ansinnen, ihm aus Beständen des Betriebes Lauf- und Stützrollen zu besorgen. Sch. entwendete dem VEB B. drei regenerierte Doppelrollen im Werte von je 343,56 M und zwei regenerierte Stützrollen zu je 193,20 M, die der Angeklagte mit einem Fahrzeug aus dem Betrieb in die LPG brachte. Der Angeklagte zahlte an Sch. die vom Hauptbuchhalter der LPG zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten 800 M.

In der Folgezeit wandte sich der Angeklagte mit dem gleichen Anliegen erneut an Sch. und drei weitere rechtskräftig verurteilte Mitarbeiter des VEB B. Daraufhin entwendeten diese aus den betrieblichen Beständen eine Stützrolle und Teile eines Seitenvorgeleges, übergaben diese dem Angeklagten und erhielten dafür aus Mitteln der LPG 100 M.

Des weiteren entwendete der Angeklagte zusammen mit einem Unbekannten aus dem VEB B. eine Schildaufhängung für die LPG. An den Unbekannten zahlte er den ihm vom Hauptbuchhalter der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Betrag von 200 M.

Der dem sozialistischen Eigentum durch diese Handlungen entstandene Gesamtschaden beträgt 2 239,29 M. Einen persönlichen Vorteil erlangte der Angeklagte daraus nicht.

Auf Grund dieses Sachverhalts verurteilte das Kreisgericht den Angeklagten wegen mehrfachen Vergehens der Anstiftung, Beihilfe und Mittäterschaft zum Diebstahl sozialistischen Eigentums gemäß §§ 158 Abs. 1, 161 StGB auf Bewährung mit einer Bewährungszeit von zwei Jahren und sechs Monaten sowie zu einer Zusatzgeldstrafe von 2 000 M.

Die gegen den Ausspruch der Zusatzgeldstrafe gerichtete Berufung des Angeklagten hat das Bezirksgericht als offensichtlich unbegründet verworfen.

Der Präsident des Obersten Gerichts hat zugunsten des Angeklagten die Kassation der Entscheidung des Kreisgerichts beantragt und gröblich unrichtige Strafzumessung durch fehlerhafte Anwendung des § 49 Abs. 1 StGB gerügt. Der Antrag hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n ;

Dem Kassationsantrag sowie der damit übereinstimmenden Auffassung des Vertreters des Generalstaatsanwalts der DDR ist zuzustimmen, daß der auf § 49 Abs. 1 StGB gestützte Ausspruch einer Zusatzgeldstrafe gröblich unrichtig ist

Dieser vom Kreisgericht in seiner Entscheidung nicht begründete Strafausspruch widerspricht der Tatsachenfeststellung, daß sich der Angeklagte nicht von egoistischen Motiven leiten ließ, er vielmehr die von ihm bediente Planierdrape im Interesse der LPG stets einsatzbereit halten wollte. Der insoweit vom Bezirksgericht vertretenen Auffassung, daß die Zusatzstrafe zur Verstärkung der erzieherischen Wirksamkeit der Bewährungsverurteilung gerechtfertigt sei, weil der Angeklagte zwar nicht aus persönlichem Vorteilsstreben, jedoch aus begründetem materiellen Interesse an der Funktionsfähigkeit seines Arbeitsmittels die Mitverurteilten zu Angriffen auf das Volkseigentum veranlaßt bzw. sich selbst daran beteiligt habe, kann nicht gefolgt werden.